



Alarm: Krise jetzt überall

Alle haben sie, die Erde, die Klasse, die Linke - und die Wildcat: die Krise. Manche erahnen sie noch, andere sehen sie kommen. Alle können sie riechen (und SIE STINKT GEWALTIG). Nur wir ... aber reden wir nicht mehr davon! Also kein Bericht.

CHINA: Immer mehr ArbeiterInnen

Wir haben es immer gehahnt, jetzt wissen wir es endlich, weil uns jemand erzählt hat, daß jemand anders einen Artikel geschrieben hat, der ganz gut sei und den wir nur noch Übersetzen und neu formatieren müßten. Ja und da kommt raus, daß es nun in China IMMER MEHR ARBEITERINNEN gibt. Warum das so sein muß, steht auf Seite 17.



Französische ArbeiterInnen mal wieder besser drauf?! Artikel Seite 4

Leipzig/Moskau

Nun kommt es definitiv. Das Erscheinen des Standardwerkes über die Rosenzucht in Rußland hat sich wegen Qualitätsmängeln bei der Interviewtechnik etwas verzögert. Der Autor kündigte aber jetzt an, daß es bis Weihnachten 1999 definitiv unter Gabentisch liegen wird.

Halle/Bochum

Die Post hat geschafft. Kurz vor Weihnachten ist der definitiv letzte Weiltkäfer wegen Arbeitsüberlastung aus dem Postdienst geschieden (die bringen einfach nicht, die Brüder). Damit konnte die Postreform jetzt erfolgreich abgeschlossen werden.

Hof/Jülich

Wildcat, langjährig aktive Kadergruppe und besonders im Ausdehnen politischer Debatten geschult, hat sich aufgelöst und so auch das letzte gruppendynamische Problem gelöst: die Frauenfrage. Wo keine Gruppe ist, kann die auch nicht von Männern bestimmt werden.

SKANDAL BEI QUELLE

Leipzig. Neu eingestellte Kommisioniererin wollte während der Arbeitszeit aufs Klo! Bauführerin K. aus L. ist empört: Kollegin A. aus H. wollte tatsächlich während der Arbeitszeit bei Quelle in L. (eine Milliarde Investitionssumme für unseren Aufbau Ost) ihre Notdurft verrichten und wurde gerade so noch von der Bauführerin B. vorn an der Ecke zum Flur erwischt. Sowas geht doch nicht, sagt K. Und weiter: Die haben hier doch eine Milliarde Mark reingesteckt und dann sowas. Kollegin A. aus H. dazu: Scheiß Kapitalismus! Mehr dazu in der Beilage auf Seite 18.

wildcat-zirkular nr.23 / Januar 1996

inhalt

Ansprache.....	3
Die neuen Klassenkämpfe in Frankreich.....	4
Die Geschichte einer Textilarbeiterin.....	17
Zu China (aus Newsweek).....	19
Nachlese 1: Boing.....	20
Nachlese 2: Caterpillar.....	20
Leipzig.....	extra

kontakte

- Ost: * Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin,
Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.safu.de)
- West: * Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
(wildcat@link-lev.dinoco.de)
- * Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn
- Süd: * Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim,
Tel+Fax: 0621/629 5271 (suba@wildcat.pfalz.de)
- * Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg
- Nord: * Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg
(wildcat-hh@cl-hh.comlink.de)

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren.
Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an
Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109,
Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

Werte GenossInnen!

Wie ihr seht, ist mir mal wieder nur viel grober Unsug eingefallen. Ist so eine bisweilen anstrengende Ader von mir. Hoffenlich kann ich euch damit ordentlich belästigen. Herrscht halt grad viel Chaos und Verirrung so um uns herum. Wer von euch das noch nicht mitbekommen hat, dem bleibt nur die Hoffnung, daß er davon nie erfährt.

Was ihr wissen solltet, ist folgendes. Das hier ist kein Zirkular und heißt auch nicht so. Aber das erklär ich jetzt nicht! Nennen wir diesen Papierstapel also einfach "Nummer 23". Bei der Erstellung gab es nämlich einige Schwierigkeiten.

Wohl besser, wenn ich jetzt schnell noch was zu den Themen von Nummer 23 schreibe: Da wäre Frankreich: Haben wir doch wieder gehofft in unserem grenzenlosen Optimismus. Mai 68 und Barrikaden und StudentInnen und ArbeiterInnen gemeinsam und de Gaulle in Baden Baden und so. Und jetzt wieder? Chirac war zwar auch in Baden Baden, aber nur Kotzkohl besuchen und über den neuen Eurofranken palavern. War also wieder nix. Den Artikel von Martin, den wir hier abdrucken, habe ich noch nicht lesen können, aber ich habe seine letzten noch in schöner Erinnerung.

Wieder mal was zu China. Großes Lob an die ÜbersetzerInnen (auch für die Kurzmeldungen. Sonst erfahren wir ja wenig von dort. Wir hier lesen die China-Artikel jedenfalls immer gern und ihr solltet euch daran ein Beispiel nehmen!

Was haben wir noch? Ja, natürlich: Leipzig. Was uns so in den letzten Monaten alles passiert ist. Die Erfahrungen haben wir extra für euch gemacht und dann, ... ja dann dachten wir, es macht sich ganz praktisch, wenn wir das auch noch aufgeschreiben. Bißchen lang, werdet ihr sagen, und recht habter! Aber so ist das halt: wenn ihr nix schreibt, schreiben wir halt mehr! Aus technischen Gründen in einem Extra-Heft!

Laßt euch nicht frustrieren!
Euer Leipziger Allerwertester

Martin Rheinlaender

Die neuen Klassenkämpfe in Frankreich

Referat zur Massenstreikbewegung (1)

Einleitung

Die jetzige Konfrontation in Frankreich ist alles in einem:

- im sozialen Sinne eine Neuformierung fast aller Teile der Arbeiterklasse
- im politischen Sinne ein Massenstreik und
- die äußerste gesellschaftliche Polarisierung zweier großer "Lager" im radikalisierten Klassenkampf, wie es sie in Frankreich seit dem Mai '68 nicht mehr gegeben hat.

Auf der einen Seite speichert diese Massenstreikbewegung alles in sich auf, was sich in den letzten 8-9 Jahren in Frankreich an objektiven sozialen und ökonomischen Problemen aufgestaut hat. Auf der anderen Seite ist diese Streikbewegung aber ein Ergebnis von ununterbrochenen Teilbewegungen innerhalb wie außerhalb der Arbeiterklasse seit Mitte der 80er Jahre.

Diese Auseinandersetzung hat darüber hinaus - und das scheint mir die wichtigste Dimension darin zu sein - eine internationale, europaweite Bedeutung. Nach den italienischen Massenaktionen baut sich hier eine aktive "Ablehnungsfront" der Arbeiter gegen das Maastricht-Abkommen auf. Wie sich die Verteidigung des alten

Wohlfahrtstaates durch die Arbeiter entwickelt und welche Perspektiven darin - für alle Arbeiterklassen Europas - liegen, muß eine langfristige Diskussion zeigen. Nach meiner Ansicht werfen die politischen Grenzen dieser Bewegungen - in Italien wie Frankreich - wie auch ihre soziale Dynamik und Radikalisierung ziemlich genau die Fragen auf, die Karl Heinz Roth in seinen Thesen über die "neue Proletarität" angerissen hat.

Ich werde mich in dem, was ich heute abend vortrage, darauf beschränken, die politische Bedeutung dieser sozialen und politischen Bewegung zu umreißen. Einzelheiten sollten wir dann im Verlauf der Diskussion besprechen. Nach meiner Ansicht sind folgende Punkte von Bedeutung, zu denen ich im folgenden - so kurz es geht - etwas sagen werde:

- Zum Anlaß der Streikbewegung;
- zur Bedeutung der sozialen Bewegungen für die EU-Integration;
- zur sozialen und politischen Vorgeschichte der Bewegung in Frankreich;
- zur Rolle der Gewerkschaften;
- zu den politischen Perspektiven, und schließlich:
- zu den Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Situation.

Zum Anlaß der Streikbewegung

Anlaß ist zunächst einmal die Einlösung eines Versprechens, das Chirac gegenüber der EU gemacht hat: Sanierung des Staatshaushaltes, damit die Bedingungen der Währungsunion erfüllt werden können. Dazu gehört u.a. die Reform der sécu, des Sozialversicherungswesens, und u.a.. die Sanierung der total verschuldeten SNCF (französische Eisenbahngesellschaft) nach deutschem Vorbild. Die Ankündigung der Reform kam für die breite Öffentlichkeit so unerwartet und abrupt, wie dann die Regierung auch von dem Ausmaß der Bewegung völlig überrascht wurde. Nichts sieht danach aus, als ob es sich hier um eine geplante Provokation handeln würde. Daß zur Zeit der Staatspräsident nur noch im Ausland herumreist, kann wiederum auch den Zweck haben, den eh schon unpopulären Ministerpräsidenten Juppé zu verheizen, um am Ende doch wieder als "Präsident aller Franzosen" die innenpolitische Szene zu betreten.

Was nun den Angriff auf die sozialstaatliche Wohlfahrt in Frankreich betrifft, sor muß zweierlei in Rechnung gestellt werden: Zum einen ist die gesamte Geschichte der EG-Integration, v.a. aber die seit den 70er Jahren verfolgte Politik des Europäischen Währungssystems eine zentrale Achse gewesen, um die herum europaweit der Angriff auf die Arbeiterklassen erfolgte. Der Kampf um den Wohlfahrtsstaat ging mit Maastricht in die entscheidende Runde.(2) Letztlich hat das, was jetzt in Frankreich geschieht, dieselben

Gründe und Ursachen wie die soziale Massenbewegung in Italien - gegen Berlusconi usw. Es ist ein breiter gesellschaftlicher Widerstand (aus verschiedenen Schichten - öffentlicher Dienst, Staatsbetriebe, Jugendliche, Schüler und Studenten, Arbeitslose) gegen die Anpassung der sozialstaatlichen Wohlfahrt an Maastricht.

Hier nur eine Zwischenbemerkung, um Mißverständnissen vorzubeugen: Wenn ich von sozialstaatlicher Wohlfahrt spreche, meine ich das ohne jede Wertung. Der Kampf um den "Wohlfahrtsstaat" hat für mich wenig bis nichts zu tun mit den sogenannten historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung; es ist ein Kampf um soziales Einkommen und um Möglichkeiten, dem Zwang zur Arbeit auf extrem niedrigem Lohnniveau zu entgehen. In Frankreich hält die sécu ein immer noch relativ hohes Niveau von sozialem Einkommen und Altersversicherung aufrecht (wie zum Beispiel das jetzt aufgekündigte Pensionierungsalter von 55 Jahren), aber nach unten hin klapft ein großes Lücke, die in Deutschland durch extrem niedrige Sozialhilfesätze "gefüllt" wird. Das Thema der exclusés, der aus der sécu Ausgeschlossenen bzw. Herausgefallenen ist ein sozial- und innenpolitischer Dauerbrenner der letzten Jahre.

In Frankreich kommt nun hinzu, daß die Zustimmung zum Maastricht-Abkommen sehr knapp ausgefallen ist. Dabei kann sich der französische Staat ja noch glücklich schätzen, zum Kern-Europa zu gehören. Die Ablehnungsfront, die

es gegen Maastricht gab, war politisch zwar völlig uneinheitlich, aber sozial äußerst homogen: Französische Soziologen sprachen damals von einem "Nein" des proletarischen Frankreich - und zwar quer durch alle Parteien. Bei den Wählern der Front National wie der gaullistischen RPR gab es diese soziale Spaltung in Oben und Unten. Damals ging der Spruch um, das Frankreich "mit Abitur" habe für Maastricht gestimmt.

Eben auf diese Stimmung setzte später Chirac in seinem populistischen Wahlkampf. Er kritisierte die Unternehmer, machte sich zum Anwalt der Schwachen und der Arbeiter, vor allem der Rentner. Kommentatoren sahen in seinem Wahlkampf fast eine Kopie der früheren kommunistischen Wahlagitation: Phrasen sozialer Gerechtigkeit, verknüpft mit nationalistischen Lösungen. Anläßlich der Präsidentschaftswahlen sprach ein konservativer Soziologe die denkwürdige Wahrheit aus: Der Kommunismus sei verschwunden, nur die Arbeiterklasse sei geblieben. Und andere Kommentatoren sahen in Chiraucs Wahlkampf einen abenteuerlichen Ritt auf einem offenbar quiklebendigem Gaul: nämlich dem Klassenkampf.

Das Maastricht-Abkommen spielt in der direkten Aktion und Agitation zur Zeit zwar noch keine unmittelbare Rolle, aber der Hintergrund ist in Frankreich den Leuten natürlich klar. Vor allem aber sehen sie sich als Betrogenen an - soweit sie Chirac gewählt hatten. Immerhin hatte ja auch der Vorsitzende der jetzt so radikal auftretenden Gewerkschaft Force Ouvrière Chirac

gegen den sozialistischen Kandidaten, Lionel Jospin, unterstützt.

Es ist also, ingesamt gesehen, kein Einzelkonflikt, an dem sich viele Teilkonflikte entladen. Es ist von Anfang an ein explizit politischer Konflikt - ein politischer Anlaß und es sind politische Ziele, die die Streikenden und Protestierenden verfolgen, und es finden sich sehr viele darin wieder. Genauer gesagt, ist dies von Arbeiterseite aus die erste große politische Konfrontation seit sehr langer Zeit! Und natürlich eröffnet das eine breite Front, an der sich eine Vielzahl von Einzelkämpfen neu und blitzartig entwickeln kann - wie bei den Bergarbeitern in Lothringen. Die Regierung und einzelnen Unternehmen werden natürlich versuchen, diese Einzelkonflikte hinter der Streikfront auf irgendmögliche Weise zu beruhigen; es ist aber fraglich, ob das jetzige Niveau der breiten Politisierung und Radikalisierung dadurch ernsthaft geschwächt werden kann. Der Siedepunkt scheint hier schon seit ein paar Tagen überschritten zu sein.

Die Bedeutung der sozialen Bewegungen für die Integration der EU nach Maastricht

Es ist völlig klar, daß jetzt in Frankreich für das kapitalistische Europa eine Menge auf dem Spiel steht. Die deutsche Regierung zeigt sich sehr beunruhigt, denn sie muß bei einer Eskalation um einen entscheidenden Stützpfeiler in der eigenen Europapolitik fürchten. In

der herrschenden Klasse Italiens schaut man mit teils wissendem, verständnisvollem, aber auch ein wenig schadenfrohem Blick auf Frankreich: Ja, ja, das kennen wir schon...., sagt man sich wohl in Mailand und Rom.

Nun ist Italien mehr oder weniger schon aus der Kette der Maastricht-Staaten durch die Arbeiteraktionen herausgebrochen worden. In Frankreich kann das ganze Projekt gewiß nur mit einem extrem starken sozialen und politischen Druck auf die Arbeiter durchgesetzt werden. Ihnen müßte eine vernichtende Niederlage beigebracht werden. Aber wie? Die gaullistische Partei sprach vor einigen Tagen offen von der Option einer Auflösung der Nationalversammlung oder - was näher liegt - einem Referendum. Sie versucht jetzt, die "Verbraucher" zu organisieren und hat - unter der Parole: "Wir wollen arbeiten!" - zu einer Massendemonstration in Paris aufgerufen. Diese sollte heute stattfinden. Was man aber in den Nachrichten erfuhr und im Fernsehen sah, das war ein Paris im Streik.

Hier liegt ein großes Problem für die Regierung, an dem bereits die italienische Regierung unter Berlusconi gescheitert ist: Sie kann nur ideologisch und mit Angstmacherei mobilisieren und nur in sehr geringem Maße mit sozialen Interessen. Der Erfolg der gaullistischen RPR wie der rechtsradikalen Front National innerhalb proletarischer Schichten und Stadtgebiete bei den letzten Wahlen wird damit aufs Spiel gesetzt. In Italien scheiterte Berlusconi vor allem an der rechtsradikalen

MSI, die eine Art nationalistischen Sozialstaat vertritt. Mit den Maastricht-"Gewinnern" alleine - den sogenannten modernen Schichten - wird die Regierung keinen Machtblock gegen die Streikenden bilden können.

Der Grund für die gesamte soziale Konfrontation - von Italien bis Frankreich - liegt natürlich darin, daß die "europäische Integration" überhaupt keine sozialstaatliche Dimension sozialstaatlicher Wohlfahrt hat. Die angestrebte Europäische Union als faktischer Superstaat trägt keinen Sozialstaat in sich, jedenfalls nicht im Sinne einer halbwegs kollektiven sozialen Sicherung. Wenn man so will, dann kann man die jetzigen sozialen Bewegungen in diese Richtung interpretieren: daß sie die jetzt schon geringfügige Wohlfahrt verteidigen, um möglichst viel an sozialer Absicherung in das Projekt von Maastricht hineinzubringen. Sie stellen damit die Staaten und das internationale Kapital auf die Probe: ob es noch die Option einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf europäischer Ebene gibt, eines einkommenspolitischen Regulationsmechanismus. Hier liegt die Grenze der jetzigen Staatspolitik wie der Bewegungen: es ist die Grenze eines Reformismus auf europäischer Ebene.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf diesem Wege das ganze Maastricht-Konzept scheitert. Auf Dauer ist es unmöglich, ohne eine Vermittlungsangebot an die Arbeiter eine solche Politik durchzuziehen. Kurz, die Arbeiter blockieren Maastricht, ohne auch nur in

Gedanken etwas dagegen setzen zu müssen. In der traditionellen marxistischen Sicht des Klassenkampfes gibt es dann nur zwei Wege: äußerste Konterrevolution und repressive Durchsetzung neuer Ausbeutungsmodelle oder revolutionärer Bruch durch die Arbeiter in Richtung Sozialismus und Kommunismus. Aber bei Marx finden wir auch eine dritte Möglichkeit, nämlich die im "Kommunistischen Manifest" beschriebene: daß sich die beiden Hauptklassen gegenseitig blockieren und somit das gesamte System binnen mittlerer oder längerer Frist in sich zusammensackt. Wer die Situation in Italien und jetzt auch in Frankreich betrachtet, dem kann diese letzte Option ausgesprochen realistisch erscheinen.

Zur sozialen und politischen Vorgeschichte der Bewegungen in Frankreich 1986-1995

Die jetzige Bewegung ist faktisch eine gemeinsame Protest- und Widerstandsbewegung von Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes und von Studenten, die bessere Bedingungen an den Hochschulen einfordern. Die Arbeiter der Privatwirtschaft und privatisierten Industrie schlossen sich bislang nur zögernd an, freilich im Fall der Bergarbeiter und bei Airfrance im ersten Schritt gleich äußerst militant.

Beides ist nicht ohne Vorgeschichte und kommt nicht vom Himmel. Etwa seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre gibt es in Frankreich eine fast ununterbrochene Kette von Streik- und Protest-

bewegungen im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften - auf die ich später noch eingehen werde - sind dadurch in eine Zerreißprobe gekommen, die sie tatsächlich nicht immer bestanden haben.

Besonderes Gewicht aber haben die Jugendlichen: 1986 brach eine breite Studentenbewegung aus - unter der konservativ-sozialistischen Regierung - und erschütterte sehr weitgehend die gesellschaftliche Basis der damaligen Regierung. Die SprecherInnen der Studenten kamen großenteils aus dem sozialen Milieu, das zur stabilen Basis des Regierungslagers gehörte. In Abständen kam es wieder zu kleineren wie größeren Bewegungen an Schulen und Universitäten - in den sozialen Fragen zunächst streng auf die Bildungspolitik beschränkt, aber politisch auch verbunden mit der bürgerlich-antirassistischen Bewegung SOS-Rascisme und anderen Menschenrechts-Initiativen.

Diese Studentenbewegung 1986 war die allererste soziale Bewegung seit Mitte der 70er Jahre, die tatsächlich der Regierung weitgehende Konzessionen abtrotzen konnte. (Mitterrand setzte sich damals über die Regierung hinweg und vermittelte.) Sie hat innenpolitisch eine Wende eingeleitet und eine Bresche geschlagen, durch die dann 1987 der Eisenbahnerstreik (der als reiner Lokführerstreik begann) hindurchbrach. Diese Zeit 1986/1987 stellte gewissermaßen eine Wende in der gesellschaftlichen Opposition dar: Man sah auf einmal, daß man etwas mit Kämpfen erreichen konnte. Und es war

die Zeit, in der erstmal seit sehr sehr langer Zeit die total ramponierten Gewerkschaften - zum Beispiel durch die Streikbasis der Eisenbahner - zur "Einheitsfront" und zur zeitweiligen Rücknahme ihres extremen Konkurrenzverhaltens gezwungen wurden.

Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre hörte es dann nicht mehr auf: Gesundheitswesen, Schulen, Universitäten, Banken, Verwaltungen usw. - kurz, es kam zu einer Bewegung von unten, die eine ganz andere soziale Zusammensetzung hatte als die frühere französische Arbeiterbewegung. Das ist das entscheidend Neue daran. Mit den "Schlachten" um Longwy Ende der 70er Jahre und dem katastrophalen Peugeot-Streik Anfang der 80er Jahre (in dem sich Mitglieder konkurrierender Gewerkschaften im Betrieb gegenseitig verprügeln) waren die Industriearbeiterbewegungen auf längere Sicht geschlagen. Dazu muß man eben wissen, daß die breiteren Industriearbeiterbewegungen in Frankreich sich fast immer auf den Staatssektor beschränkt. Die Kämpfe um Privatisierung usw. sind großenteils verloren worden. Jetzt geht es an den Staatssektor im engeren Sinne.

Zur unmittelbaren Vorgeschichte der heutigen Bewegung gehört aber vor allem auch die sich radikalisierende Jugendbewegung im vergangenen Jahr. Darin geschah etwas, das es bis dahin nicht gegeben hatte: Schüler, Studenten, Auszubildende und arbeitslose Jugendliche kamen an einer ganz konkreten Forderung zusammen - nämlich die

geplante Kürzung des Mindestlohns für Jugendliche zurückzunehmen. Am Ende hatten sie teilweise Erfolg damit. Politisch viel bedeutender war aber über diesen gemeinsamen sozialen Rahmen hinaus, daß in diesen Bewegungen ganz deutlich wurde, daß ein sehr großer Teil der jungen Generation mit allen Politikkonzepten - von Rechts bis Links - nichts zu tun haben wollte. Zu den Schüler- und Studentendemonstrationen kamen die sogenannten casseurs hinzu, Jugendliche aus den verelendeten Vorstädten, den Banlieus, die mit radikalen Mitteln eingriffen - Straßenschlachten, Barrikaden usw. Es tauchten Parolen auf, die ein wenig von der alten Kompromißlosigkeit und der Phantasie des Mai '68 hatten (auch wenn die Bedingungen heute ganz andere sind). Und dann geschah das, was selbst radikale Linke kaum erwartet hatten: nach dem erzielten Kompromiß setzte die Mehrheit die Aktionen fort, bis alle Inhaftierten frei waren - die Jugendlichen erreichten sogar, daß junge Algerier, die abgeschoben werden sollten, freigelassen wurden. Man kann das nur dann in seiner Bedeutung richtig beurteilen, wenn man in Rechnung stellt, wie stark die sozialen Unterschiede in Frankreich zwischen großen Teilen der Studenten (mit teilweise noch sehr elitären Ansprüchen) und den Jugendlichen aus dem städtischen Subproletariat sind. Das Phantom eines "neuen Mai '68" geistert seit 1986 und 1994 immer wieder durch die herrschende Klasse Frankreichs. Gerade dann, wenn man sich dort klarmacht, daß die sozialen Bedingungen ganz andere sind - nämlich ein verschärftes

Krisenentwicklung und soziale Spaltung -, macht man sich noch mehr Sorgen. Warum hält die Krise nicht vom Protest ab?

Ich will noch zur Vorgeschichte erwähnen, daß es eine Reihe sehr wichtiger Streiks gegeben hat: herausgreifen will ich nur den wilden Streik bei Airfrance (der Artikel von Henri Simon aus *échanges et mouvements* ist ja in der "Arbeiterpolitik" erschienen) und der LKW-Fahrerstreik, der sozusagen mit einem Schlag gezeigt hat, wie extrem anfällig die neue Produktionsorganisation der modernisierten Fabriken (Stichwort: Toyota) ist. Wenn die LKW-Fahrer jetzt wieder mit den Blockaden angefangen haben, dann fangen sie da an, wo sie aufgehört haben.

Die Bewegung kommt also nicht aus dem Nichts, und es ist eine Bewegung, die mittlerweile über eine vielleicht nur kompliziert zu durchschauende, aber insgesamt recht gut funktionierende Organisationsweise innerhalb wie außerhalb der offiziellen Verbände verfügt (ohne das wiederum übertreiben zu wollen!) - in jedem Fall aber über eine Reihe von praktischen Erfahrungen, nicht nur mit Niederlagen!

Das führt gleich zum nächsten Punkt über, nämlich zur Rolle der Gewerkschaften.

Die Rolle der Gewerkschaften

Es geistern eine Reihe Abkürzungen durch die Presse, von denen ich die wichtigsten kurz erklären will:

CFDT: Die größte Gewerkschaft ist

mittlerweile die CFDT (mit etwa 500.000 Mitgliedern), ursprünglich seit dem Mai '68 eine Art linkssozialistische, kämpferische Organisation, die besser in der Privatwirtschaft und in den "modernen Berufen" vertreten ist als die CGT. Die CFDT hat sich unter Mitterrand ganz einem sozialdemokratischen Kurs verschrieben und träumt jetzt davon, eine Art französischer DGB zu werden. Bei den Bewegungen im öffentlichen Dienst seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre hat es mehrfach Ausschlüsse und Abspaltungen gegeben - im Gesundheitswesen sind ganze Föderationen (Bezirke) ausgeschlossen worden, die sich dann mit anderen neuen, unabhängigen Gewerkschaften zusammenschlossen. Die Vorsitzende der CFDT war an den Verhandlungen über die Reform beteiligt und hat sie letztlich gebilligt.

CGT: Die CGT, die immer noch der KPF sehr nahesteht, aber dennoch versucht, parteiunabhängig zu werden, hat die meisten Verluste seit den 70er Jahren hinnehmen müssen und hat in dieser Zeit mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder (früher mehr als ein Million) verloren. Die CGT hat in der Vergangenheit vor allem durch ihr extremes Konkurrenzverhalten gegenüber den anderen Gewerkschaften und dann durch die Teilnahme der KPF an der Regierung 1981-1983 gelitten - von der immer noch schwachen Demokratisierung ganz zu schweigen. Hauptsächlich aber ist sie durch die Kämpfe und Niederlagen in der Staatsindustrie geschwächt worden, wo sie die erste Gewerkschaft am Platze war und früher

einen großen Teil der Produktion faktisch kontrollieren konnte.

CGT-Force Ouvrière (FO): Als Dritte im Bunde ist noch die FO, die Force Ouvrière, zu nennen; eine von Deutschland aus nur schwer zu verstehende Gewerkschaft: sie entstand 1947-1948 als antikommunistische Abspaltung der CGT - gefördert von den US-Gewerkschaften und dem CIA -, aber sie beruft sich auch auf eine andere Tradition: partei- und regierungsunabhängig zu sein. Politisch ist sie extrem rechtssozialdemokratisch geführt, aber sie beruft sich formal immer noch auf den "unpolitischen" und früher radikalen Syndikalismus der historischen CGT von 1905 (die anarchosyndikalistisch geführt war). Weil sie keine engere Parteibindung wie die CGT oder CFDT hat, hatte sie teilweise mehr Handlungsspielraum gegenüber den Regierungen. In der Zeit der Linkeregierung, vor allem als die KPF in der Regierung war, hat sie das ausgenutzt und dabei sogar der CGT in einigen Bereichen den Rang ablaufen können. Außerdem gibt es in der FO eine nicht geringe Anzahl linker Gruppen (vor allem an der Basis und teilweise auch im Apparat einflußreichen Trotzkisten). Im Moment spielen diese Linken als Basisaktivisten und auch im Apparat eine ziemlich einflußreiche Rolle, während die Gegenseite innerhalb der FO die Führung in Richtung auf einen schnellen Kompromiß drängt. Der Schwerpunkt der FO liegt im öffentlichen Dienst und teilweise in der chemischen Industrie.

"Unabhängige": Daneben gibt es meh-

rere, erst einige Jahre alte Gewerkschaftsbünde und Einzelgewerkschaften, die teils aus der CFDT, teils aus den selbstorganisierten "Koordinationen" der 80er Jahre entstanden sind. Ihr Schwerpunkt liegt fast ausschließlich im öffentlichen Dienst, besonders im Erziehungs-, Schul- und Gesundheitswesen.

Man sieht daran, daß die gewerkschaftliche Landschaft in Frankreich ein Fliesenleger ist; und dieses zerrissene Bild ist teilweise durch die früheren Niederlagen, aber auch zu großen Teilen durch die Bewegungen der 80er Jahre herbeigeführt worden, die mit den traditionellen gewerkschaftlichen Strukturen nichts anfangen konnten. Wo es selbständige Basisstrukturen gab, sind diese aber auch häufig wieder in alternative Gewerkschaften mit teilweise linker, aber auch ständischer Orientierung umgewandelt worden.

Daß sich nun die Gewerkschaften anfangs in einer Art Einheitsfront zusammengefunden haben, muß man als einen Selbstrettungsversuch ansehen: Insbesondere die CFDT hat sich ehrgeizig darum bemüht, an der staatlichen Sanierungspolitik mitzumachen - nur ist eben der Einfluß der Gewerkschaften in Frankreich so gering, daß sie auch als Ordnungsfaktor immer weniger interessant sind. Ähnlich wie die italienischen Gewerkschaften haben sie also alles auf "Offensive" gesetzt - um nicht von unten überholt zu werden.

Ein Nebenaspekt, aber auch weiterer Grund für das Eingreifen der Gewerkschaften ist die geplante Reform der

Krankenversicherung. Bislang kontrollieren die Gewerkschaften - darunter vor allem die FO - die Krankenversicherungen und finanzieren daraus auch einen Teil ihres Apparates. Das soll durch eine verstärkte staatliche Kontrolle rückgängig gemacht werden. So gibt es im Apparat (in erster Linie der FO) auch ein Eigeninteresse daran, die Reform der sécu abzuschwächen - zumindest in dieser Frage.

Mittlerweile ist die CFDT-Führung ganz ausgeschert. Aber auf der anderen Seite hat sich ein merkwürdiges Bündnis zwischen CGT und FO ergeben (die feindlichsten aller Brüder), das jetzt gerade von der CGT-Führung als symbolträchtige Versöhnung nach der Spaltung 1947 gefeiert wurde. Die Wahrheit ist natürlich komplizierter: Die FO steht unter dem Druck, die Position als Verhandlungsführerin einzunehmen bzw. zu behalten. Bei der CGT sieht es auch nur so aus, als ob sie bis zum Ende kämpferisch wäre. Sie ist solange kämpferisch, bis sie die Kontrolle über die Bewegung hat und dann - das hat sie immer wieder, auch in den letzten Jahren (z.B. bei Airfrance) gezeigt - zu sehr weitgehenden Kompromissen und Druck auf die eigene Basis bereit. Ihrem Apparat und Führungskader kommt es in erster Linie darauf an, daß sie wieder als führende und hegemoniale Gewerkschaft - auch vom Staat - anerkannt wird. Insofern treibt der Druck von unten die Gewerkschaftsführungen zu einer zeitweilig radikal erscheinenden Rolle an, was durch die Führungskonkurrenz noch verschärft wird.

Wie groß zur Zeit der Massendruck von

unten ist, zeigt sich daran, daß der Aktionstag am vergangenen Dienstag, der die bislang größte politische Mobilisierung und Radikalisierung gezeigt hat, lediglich von der CGT, der FO, der FSU und UNSA (autonome kleinere Gewerkschaften) organisiert worden ist, aber mit Transparenten und TeilnehmerInnen aus allen Gewerkschaften. Man kann getrost von einer schweren taktischen Niederlage der sozialpartnerschaftlich orientierten CFDT-Führung sprechen. Ob sie als Mitgliederorganisation in diesen Tagen überhaupt noch besteht, kann bezweifelt werden. Im Moment gibt es zu wenig Informationen darüber, wie die Streikorganisation und Mobilisierung an der Basis genau vonstatten geht. Man wird das genauer untersuchen müssen, um nämlich beurteilen zu können, wie weit sich eine selbständige Koordination entwickelt hat und sich auch bei den Basisaktivisten der Gewerkschaften und Studenten neue Tendenzen der Zusammenarbeit herausbilden. Viel wird in der Zukunft davon abhängen, ob sich hier Kerne einer selbständigen Arbeiterbewegung bilden, die willens und in der Lage sind, einer etwaigen Kontrolle von oben etwas entgegenzusetzen.

Die politischen Perspektiven in der "Krise der Politik"

Wer die französische Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren etwas genauer beobachtet hat, dem fällt ein krasses Mißverhältnis auf zwischen der

extremen Schwächung der politischen Linken und einer zunehmenden sozialen Mobilisierung innerhalb der sogenannten Dienstleistungssektoren der Arbeiterklasse. Darin liegt eine besondere "Dialektik", die mehr Fragen stellt als Antworten gibt, denn:

Auf der einen Seite war der totale Bankrott der Linksparteien in der Ära Mitterrand offensichtlich eine Voraussetzung dafür, daß sich von unten etwas Neues entwickelt hat. Die klassenbewußten Teile der Arbeiterklasse erwarten von der PS, aber auch von der KP kaum noch etwas - verglichen mit den großen Hoffnungen von 1974 in der "Linkseinheit" von PS und KP.

Auf der anderen Seite stellt diese Abwesenheit bewußter politischer Richtungen - also von Kräften, die zumindest in Ansätzen so etwas wie eine politische Alternative darstellen - ein sehr großes Problem dar. Italien zeigt das sehr kraß: Der überwiegende Teil der ehemaligen KPI beteiligt sich heute an einer sozialpartnerschaftlichen Staatssanierung; die übriggebliebene kommunistische Linke hantiert mit Rezepten aus den 60er und 70er Jahren, die angesichts neuen Zusammensetzung und Bedingungen der jetzigen Klassenbewegungen völlig überlebt erscheinen(3). Das sieht in Frankreich nicht viel besser aus.

Das Mißverhältnis zwischen direkten Arbeiteraktionen, sozialen Kämpfen, Bewegungen auf der einen Seite und der kraß im sich parlamentarisch etablierenden Rechtsradikalismus zum Ausdruck kommenden politischen

Orientierungskrise ist der Kern einer Krise der Politik, die immer wieder diskutiert wird. Die französische Gesellschaft ist traditionell in zwei soziale Lager "polarisiert"; aber - wie ich schon in Bezug auf das Maastricht-Referendum gesagt habe - diese Polarisation geht quer durch die offizielle politische Repräsentation. Zwar ist es bei dem parlamentarischen Schema der beiden Links-Rechts-Blöcke geblieben (es hat sich, allen Prognosen zum Trotz, auch bei den letzten Präsidentschaftswahlen wieder durchgesetzt), doch hat innerhalb dieser Blöcke eine Verschiebung stattgefunden: Radikalisierung auf der Rechten, in Gestalt der Front National, und das Schrumpfen der KPF auf der Linken, die sich jetzt in Größenordnungen wie die trotzkistische Lutte ouvrière bewegt, die wiederum knapp 5% bekam. Krise der Politik heißt zunächst einmal nur Krise der offiziellen Repräsentations-, also Vermittlungsformen. Aber wir sollten nicht so tun, als ob zum Beispiel der Erfolg der Front National bei den Kommunalwahlen 1995 nur so etwas wie ein "Protest" ausdrücken würde. Es ist Protest von rechts, genauso wie die Wahl von KPF oder LO ein Protest von links ist. Die jetzige Massenbewegung scheint den Einfluß der Rechtsradikalen zunächst einmal zurückgedrängt zu haben (so jedenfalls wird es in den Medien berichtet). Was aber kann aus den Bewegungen hervorgehen? Und wo sind kommunistische, sozialistische Gruppierungen, die traditionelle Politik-Formen links oder rechts liegen lassen und die Hoffnungen, die wieder auf der Straße liegen, aufzugreifen verstehen?

Vielelleicht sind wir selber zu traditionell in unseren Erwartungen und sehen noch nicht genau genug auf neuere Entwicklungen: Zumindest in den Jugendbewegungen steckt mehr als nur eine ständische Tendenz oder eine nur zeitweilige Revolte. Das vergangene Jahr hat gezeigt, wie die Verteidigung unmittelbarer Interessen wieder direkt verbunden wurden mit dem Willen nach einem "anderen Leben", einer anderen Gesellschaft. Vielleicht - aber das bleibt natürlich reine Spekulation - entstehen jetzt erst durch die Zusammenkunft von Arbeiterprotest und Jugendbewegungen auch wieder zumindest Anfänge einer "neuen Linken", die über den Tellerrand des Staates - also auch der sozialstaatlichen Wohlfahrt im nationalen oder europäischen Rahmen - hinausschauen und hinausweisen kann? Wer weiß....

Vergleichen wir diese Entwicklungen mit dem Mai '68 und dem sogenannten schleichenden Mai in Italien 1969 ff., dann liegt der Unterschied auf der Hand: Die damaligen Bewegungen waren eine Explosion gesellschaftlicher Bedürfnisse - auch in emanzipatorischer Hinsicht - am Ende einer langen Phase von Hochkunjunktur und expansiver Akkumulation. Die heutige Bewegung stellt dagegen den vorläufigen Höhepunkt im "langen Marsch durch die Krise" dar. Sie kann daher langfristig in einer großen Niederlage enden - wobei die Entscheidungsschlachten auf europäischer Ebene noch nicht beendet sind! - sie kann aber auch eine mindestens so große Bedeutung gewinnen wie der Mai '68, nämlich: Durch die Krise

hindurch ein neues kämpferisches Lager der Arbeiter auf europäischer Ebene herauszubilden. Das setzt allerdings auf Dauer auch politische Konzeptionen einer erst neu zu bildenden europäischen radikalen Linken an der Basis der Arbeiterklassen voraus.

Da fangen dann auch unsere Aufgaben an. Deshalb zum Schluß eine paar Bemerkungen zu:

Frankreich, Italien - Deutschland...

Es gibt zunächst objektive Parallelen in dem konzentrierten Angriff auf den Sozialstaat als Wohlfahrtsstaat. Darüber hinaus gibt es - gegen die Auffassung vieler Linker hierzulande - auch Parallelen in der Zunahme an Kampf- und Aktionsbereitschaft: Immerhin verzeichnen wir ja seit Ende der 80er Jahre eine deutliche Zunahme der aktiven Beteiligung bei Tarifrunden usw.

Hier aber fangen die grundlegenden Unterschiede schon an: In Deutschland funktioniert das sozialpartnerschaftlich-gewerkschaftliche Vermittlungsgeschäft - trotz allen Mißtrauens der Arbeiter - immer noch relativ gut aufgrund des staatlichen Zwanges zum Arbeitsfrieden. Eine Bewegung hier, die auch nur die ersten Schritte der italienischen oder französischen Bewegungen unternähme, wäre von Anfang an viel radikaler, weil sie illegal wäre. Das setzt zunächst politische Grenzen. Ganz zu schweigen davon, daß es im Verhältnis der Arbeiter zum Staat, aber auch zu den offiziellen gewerkschaftlichen Or-

ganisationen in Frankreich und Italien eine ganz andere, kämpferische und selbstbewußte Tradition gibt. Zumindest in Frankreich hat zum Beispiel die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft nie die Rolle wie in Deutschland gespielt.

Ein weiterer Unterschied ist objektiver Art und schwerwiegender: In Deutschland sind die Einschritte in die sozialstaatliche Wohlfahrt noch nicht so weitgehend - und vor allem noch nicht so vereinheitlichend - wie in Italien und Frankreich. Natürlich ist es im Prinzip dieselbe Entwicklung, aber es spielt schon eine große Rolle, wie groß und verbreitet die absolute Verelendung im gesellschaftlichen Maßstab ist. Der Grund dafür ist natürlich, daß der deutsche Staat sozusagen das Herz der EG ist. In den anderen Ländern vereinigt sich gewissermaßen der soziale und der nationale (manchmal auch nationalistische) Widerstand in der Parole: Die EG von Maastricht ist eine deutsche EG. Und in Frankreich wurde von Mitterrand ausdrücklich für Maastricht geworben, weil nur so das Übergewicht des deutschen Staates unter Kontrolle bleiben könne.

Dennoch muß allen - wie den "D-Mark-Nationalisten" der SPD - entgegengewirkt werden, die jetzt so einen Blödsinn vertreten wie: Die Streikbewegungen im Süden und Westen Europas ständen den Interessen der Arbeiter in Deutschland entgegen. Die soziale Polarisierung findet hier wie dort statt. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß die wenigen aktiven Linken in den Betrieben und im Sozialbereich durch diese

Bewegungen in anderen Ländern auch wieder neue Impulse bekommen. Genau dagegen zielt die Medienkampagne hierzulande, die gestern und heute Konturen bekommt: weniger Berichte und Bilder von den sich radikalisierenden Aktion in Frankreich und stattdessen ein Meer von aufgeregt Kommentaren, die mit jedem Satz, in dem die soziale Ruhe und Sicherheit in Deutschland beschworen und die "Privilegienverteidigung" in Frankreich angegriffen wird, nur zeigen, wie sehr man sich darum sorgt, daß Ähnliches hier nicht passiert, von einem überspringenden Funken ganz zu schwei gen.

In Deutschland steht schließlich langfristig ein Debakel von größter Dimension bevor, es entwickelt sich ja schon schleichend: nämlich eine Reform der Sozialversicherung - vor allem der Rentenversicherung -, die der in Italien und Frankreich nicht nachstehen wird und vor allem mit einem hundertjährigen Prozeß sozialstaatlicher Integration Schluß machen will. Freilich werden die kommenden Auseinandersetzungen hierzulande in den Formen anders sein. Zumindest ist im Rückblick auf die Zeit seit den 80er Jahren nicht feststellbar, daß sich in Deutschland eine ähnliche Kette von teilweise selbständigen Kämpfen wie in Frankreich ergeben hat, die in die jetzigen Massenaktionen übergehen. Der Übergang zur Massenaktion kann hier ausbleiben, er kann aber auch viel abrupter und dadurch nicht weniger radikal erfolgen.

Insofern können und müssen wir die Zeit, die uns bleibt, dazu nutzen, in der

Diskussion über die Bewegungen in Frankreich und Italien unsere eigene Zukunft zu klären. Damit will ich schließen, aber nicht ohne eine Randbemerkung zu machen: Egal wie die Kämpfe dort ausgehen - endlich sehen wir wieder eine handelnde gesellschaftliche Bewegung aus der Arbeiterklasse hervorgehen, die dem Kapital und den europäischen Staaten eine wirklich effektive Gegenmacht entgegensetzen kann. Mit einem Satz: Alles, was absolut war, wird geschichtlich.(4) Kürzlich noch wurde der Klassenkampf und das Proletariat als sich bewegende Klasse für auf-ewig-im-Postfordismus-verschwunden erklärt. Und nun? Was für ein Auftakt, sollte das der erste Massenstreik im Zeitalter des 'Postfordismus' sein! Das ist es wohl, was Karl Heinz Roth als Neue Proletarität bezeichnet hat.

Endnoten:

- (1) Leicht überarbeitete Fassung des Vortrags auf einem Treffen der "Arbeiterpolitik"
- (2) Empfehlenswert dazu ist der Aufsatz eines italienischen Genossen, Renato Strumia, über die "Grenzen der Integration" aus dem Jahre 1992, übersetzt für ein internationales Treffen der Wildcat und in der Zeitschrift Die Aktion (Europa-Sondernummer 1994) veröffentlicht.
- (3) Das italienische Beispiel zeigt zweierlei: Zum einen haben sich trotz der gewaltigen Schere, die sich zwischen Arbeitern und Gewerkschaften aufgetan hatte, gewerkschaftsinterne Mechanismen vermittelnder Art - durch linksgewerkschaftliche Strömungen - erhalten; zum anderen scheint sich das Projekt einer neuen kommunistischen Linken rund um die Rifondazione comunista wieder zu spalten, aber nicht in neue, sondern in Fraktionierungen, wie sie schon in den 70er Jahren vorhanden waren.
- (4) Guy Debord, Gesellschaft des Spektakels, S.36

Die chinesische Gesellschaft ist in Bewegung. Der Prozeß der Enclosures, des »Bauernlegens«, ist in vollem Gang. Mit dem Ergebnis, daß die chinesische Gesellschaft inzwischen mehrheitlich proletarisch ist (siehe Zirk. 15). Die Schätzungen sind unterschiedlich, aber alles deutet darauf hin, daß bis zu 150 Millionen Menschen, d.h. 10 Prozent der Bevölkerung oder mehr als ein Drittel der ArbeitnehmerInnen Mingong, Arbeiterbauern, Migranten aus ländlichen Gebieten, sind. Sie wandern nach Guangdong (Grenzprovinz zu Hong Kong), Shanghai, Beijing; aber auch in die Kleinstädte, von denen im letzten Jahrzehnt Tausende neu gegründet worden sind. In Shanghai (und wohl auch anderswo) sind ein Drittel der Migranten Frauen, die nicht nur in der Leichtindustrie arbeiten, sondern vor allem als Kindermädchen, Haushaltshilfen usw. (siehe Margot Schüller, Ansturm auf die Städte, in: China aktuell, 6/95, S.494ff) Besser und eindrucksvoller als alle Statistiken schildert die nachfolgende Geschichte einer Textilarbeiterin den Umbruch in China..(bc)

Die Geschichte einer Textilarbeiterin

von Zhou Tang aus Henan

Ich bin ein Mädchen vom Lande. Ich beendete die Oberschule mit 19. Ich konnte nicht auf die Universität gehen, also blieb ich zuhause und half bei der Landarbeit. Vor einigen Jahren erfuhr ich, daß eine Textilfabrik Leute suchte. Das reizte mich und ich wünschte mir den Geschmack von urbanem Leben. Wegen diesen eitlen Wünschen mußte meine Familie schwer kämpfen die nächsten paar Jahre. Um den Job und die nötige hukou, die behördliche Registrierung in der Stadt, zu kriegen, brauchte ich 10000 Yuan. Das ist für eine Bauernfamilie eine astronomische Summe. Meine Eltern dachten einige Tage darüber nach und entschieden schließlich, die 10000 Yuan zusammenzukratzen. Die Broschüren versprachen, daß die 10000 Yuan innerhalb von drei Jahren zurückgezahlt werden würden. Mein Vater nahm alle seine Ersparnisse, verkaufte die Bäume im

Garten und ließ weitere 3000 Yuan von der Kreditagentur im Dorf.

Nachdem ich eine einfache Befragung passiert hatte, wurde ich eingestellt. Allerdings merkte ich bald, daß die Fabrik noch gebaut wurde. Wir wußten nicht, wann wir mit der Arbeit beginnen könnten. Ich wartete zuhause zwei Jahre. Es sah so aus, als ob Fonds gekürzt worden waren und sich deshalb der Bau verzögerte. Wir warteten und warteten. Schließlich war die Fabrik gebaut, aber wir konnten immer noch nicht zur Arbeit gehen. Es wird gesagt, daß die Maschinerie in der Fabrik veraltet war und deshalb nicht benutzt werden konnte. Ich hörte außerdem, daß eine Untersuchung gegen das Management lief. Letztlich begann doch ein Teil der Fabrik zu arbeiten. Die eingestellten ArbeitnehmerInnen sollten kündigen, obwohl sie noch gar nicht angefangen hatten zu arbeiten. Glücklicherweise

war ich eine derjenigen, die bleiben konnten.

Ich konnte etwa 100 Yuan im Monat verdienen. Es war jetzt schon das dritte Jahr und die Fabrik sagte nichts zur Rückzahlung der 10000 Yuan. Die Fabrik lief mit Verlust. Es wurde gesagt, daß die Fabrik der Staatsbank einige 10 Millionen schuldete. Um Rohmaterial kaufen zu können, erließ die Fabrik eine Direktive, daß jedeR Beschäftigte 1000 Yuan beitragen sollte für einen Zins von 22% im Jahr. JedeR, der/die sich weigerte, wurde gezwungen, mit der Arbeit aufzuhören.

Einige Arbeiterinnen schworen, nie mehr für diese Fabrik zu arbeiten. Einige verkauften ihren Arbeitsplatz für 2000 Yuan an Andere. Ich wollte ebenfalls aufhören, weil das Leben in der Stadt so teuer war. Wohnung und Lebensmittel kosteten bereits eine Menge. Ich wollte tatsächlich mit der Gewerkschaft über meine Beschwerden reden, aber ich lernte, daß die Fabrikpolitik im Arbeiterkongress entschieden wurde und gab diese Idee auf. Am Ende lieh ich mir 1000 Yuan für die Fabrik und hoffte, daß dies zu einem besseren Betrieb helfen würde.

In den nächsten Monaten liefen die Dinge wirklich besser. Die Fabrik begann Profit zu machen; manchmal machte sie einige hunderttausend Yuan im Monat, manchmal einige Millionen. Der Fabrikdirektor kaufte sich selbst ein Auto und ein Mobiltelefon. Wenn er schlecht drauf war, schmiß er das Telefon auf den Boden. Das Leben der ArbeiterInnen wurde auch etwas besser. Wir atmeten einen Hauch von Erleichterung.

Bald darauf ging das Gerücht, die Fabrik baue ein neues Werk mit einem ausländischen Investor. Der Investor gab nur

ein Drittel dessen, was er versprochen hatte, nahm entsprechende Mengen von Fertigprodukten mit und verschwand. Die geplante Fabrik kostet mehr als 20 Millionen Yuan. Das versetzte die ursprüngliche Fabrik wiederum in eine finanziell sehr schwierige Lage.

Dann hörten wir, daß die Fabrik vorhatte, eine neue Wohnungspolitik durchzuführen und dabei die Häuser an die ArbeiterInnen verkaufen wollte. Der Erlös sollte für die neue Fabrik verwendet werden. Mir war ein Apartment, bestehend aus Schlaf- und einem Wohnzimmer, von der Fabrik gegeben worden. Mein Gatte hatte mit dem Management bei vielen Gelegenheiten gesprochen und wir hatten viel für Geschenke für die zuständigen Leute ausgegeben, bis wir diese Wohnung bekamen. Darüberhinaus zahlte ich 800 Yuan an Zinsen und so haben wir alles in allem etwa 5000 Yuan ausgegeben, um dieses Quartier zu kriegen. Mein Mann ist ein armer Lehrer. Das Geld, mit dem ich meinen Job gekauft habe, ist immer noch nicht zurückgezahlt. Wo krieg ich soviel Geld her? Ich bin noch keine 30 Jahre alt. Ich habe der Fabrik fast 12000 Yuan gezahlt und alles was ich dafür bekommen habe ist ein Jahressalär von 1000 Yuan.

Wie kann ich leben? Ich halte die Änderung in der Wohnungspolitik der Fabrik für eine wichtige Angelegenheit. Aber ich denke, daß wir bei allen Arten von Politik, die wir machen, die Lebensbedingungen der wenig verdienenden ArbeiterInnen berücksichtigen sollten.

(Auszug aus Gongren Ribao - Arbeiter-Tageszeitung - vom 14. März 94, abgedruckt in nach: China Labour Bulletin Juni 1994)

Weit weg von zuhause und nahe am Kochen

Es hätte beinah überall in China passieren können. In Shenzhen, an der Grenze zu Hong Kong, wurden Wander-Straßenarbeiter aus der Hunan-Provinz wütend, als ein einheimischer Dorfbewohner sein Motorrad über frischen Asphalt steuerte, den sie gerade gelegt hatten. Der folgende Kampf entwickelte sich schnell zu einem kleinen Riot. Um die 500 Bauern waren versammelt, als die Polizei erschien und mit Maschinengewehren das Feuer eröffnete. Die Bilanz: Zwei Leute wurden erschossen, zwei totgeschlagen und mehr als 60 verletzt.

Überall in China wachsen die Spannungen zwischen Einheimischen und den 100 Millionen Bauern, die das Land verlassen und auf der Suche nach Arbeit in die Städte ziehen. In Shanghai, Beijing, Wuhan, Guangzhou und anderen städtischen Zentren haben WanderarbeiterInnen Behelfsstädte errichtet und damit die örtlichen Dienstleistungseinrichtungen strapaziert.

China hat kaum eine Antwort auf die durch Wanderarbeit ausgelöste Krise. Traditionell reisen Chinesen nicht, nicht einmal in Nachbardörfer - deshalb hat die Chinesische Sprache so viele lokale Dialekte. Unter dem Kommunismus überwachten die Nachbarschaftskomitees das Kommen und Gehen von jedem Einzelnen; Veränderungen wurden schnellstens berichtet. Aber nach den Reformen haben lokale Kommittees keine Kontrolle mehr über die Communities der WanderarbeiterInnen. Und, wie das Ereignis von letzter Woche beweist, die Chinesische Anti-Riot-Polizei folgt ihren Versprechungen nicht, weniger tödliche Aufstandsbekämpfungsmethoden einzusetzen. Sie sollten sich besser vorbereiten: gewiß wird es ähnliche Gewaltausbrüche noch öfter geben.

aus: Newsweek, Dec.18, 1995

Nachlese 1(siehe Zirkular #22):

Boeing-Streik zu Ende

Nach 69 Tagen beendeten die 32500 ArbeiterInnen bei Boeing ihren Streik. Nachdem sie drei Wochen zuvor ein Tarifabkommen mit 61% abgelehnt hatten, akzeptierten sie mit 87% am 13.12. ein wesentlich nachgebessertes Ergebnis. Wesentliches Ergebnis ist ein bißchen Schutz gegen die Folgen von Fremdfirmeneinsatz. Unter das Abkommen fallende ArbeiterInnen sollen auf andere Jobs umgeschult werden, falls ihre Arbeit von Fremdfirmen übernommen wird. Falls sie doch entlassen werden sollten, bekommen sie 6 Monate ihren Lohn weiter und 3 Monate weiter Krankenversicherung. Diese selbst soll rationalisiert werden (was wohl weniger Leistungen und/oder Zuzahlung bedeutet), aber erst ab Mitte '98. Lohnerhöhung wirds erst in 10/98 geben, inzwischen aber die Zahlungen von "lump sums", also Einmalzahlungen, insgesamt etwa 10% für die meisten KollegInnen.

[nach: Labor Notes #202, Jan.96]

Nachlese 2 (siehe Wildcat #64/65):

Caterpillar

Der lange Streik bei Caterpillar ist zu Ende - eine geradezu katastrophale Niederlage für die Belegschaft. Es gab am Ende noch ein "Verhandlungsergebnis" zwischen Cat und UAW, das von den ArbeiterInnen mit 78,5% abgelehnt wurde; der Streik wurde aber trotzdem beendet. 150 der militantesten KollegInnen wurden entlassen. Cat wird seine Vorstellungen jetzt ohne Zustimmung der KollegInnen, bzw. der UAW in Kraft setzen: neben der faktischen Abschaffung aller Beschwerdemöglichkeiten und der Möglichkeiten für Gewerkschaftsarbeit wird die "Friedenspflicht" ausgedehnt auf den Schutz der Streikbrecher (z.B. darf das Wort "scab" nicht mehr ausgesprochen werden). Das zweistufige Lohnsystem (einschließlich Sozialleistungen) wird permanent, 12-Stunden-Schicht, Recht auf Beschäftigung von Fremdfirmen, \$1,50 weniger COLA (Inflationsausgleich), Einschränkung der Krankenversorgung auf von der Firma bestimmte Ärzte und Krankenhäuser. Dafür hat die UAW aber rausgeschunden, daß die Firma weiterhin für alle, d.h. auch für die Streikbrecher, die Mitgliedsbeiträge überweist. Na, wenigstens etwas.

[nach Labor Notes #202, Jan.96]